



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

**Drucksache Nr.:**  
**04205-06-E5**

An den  
Vorsitzenden des Haupt- und Finanz-  
ausschusses

07.02.2006

### **Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt**

Sitzungsart: öffentlich	Stellungnahme	TOP-Nr.: 2.2.1
Gremium: Haupt- und Finanzausschuss		Beratungstermin: 09.02.2006

### **Tagesordnungspunkt**

Haushaltsplan 2006 und Entwurf der Eröffnungsbilanz

Anträge zum Haushaltsplan 2006

#### **1. Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens von der Kameralistik auf das doppische System**

Der Rat begrüßt die durch die vollständige Einführung des Neuen kommunalen Finanzmanagements sich ergebenden Chancen für eine strategische Konzersteuerung in einer neuen Qualität. Dazu gehört aus Sicht der Politik ein regelmäßiges Berichtswesen über die Umsetzung politischer Beschlüsse sowie von Programmen und Projekten, die querschnittlich im Konzern Stadt organisiert werden. Der Rat beschließt, im Haupt- und Finanzausschuss eine quartalsweise Berichterstattung aus den Dezer-naten vorzusehen. Fachbereiche werden hinzugezogen, soweit dies projekt- oder pro-grammbezogen notwendig erscheint.

## **2. Sicherstellung der frauenspezifischen Beratungsstelle „Wendepunkt“ im Frauenzentrum Huckarde**

Die Arbeit der Beratungsstelle „Wendepunkt“ im Frauenzentrum Huckarde muss im bisherigen Umfang gesichert bleiben.

Der Rat erwartet, dass die ARGE für 2006 und die Folgejahre die Co-Finanzierung der Beratungsstelle übernimmt und damit eine Sicherstellung der Arbeit im Frauenzentrum gewährleistet. Die Verwaltung wird aufgefordert, diesen Beschluss im Trägersausschuss für die ARGE im Job-Center entsprechend umzusetzen und den Rat umgehend über das vereinbarte Verfahren zu informieren.

## **3. Bericht zur sozialen Lage Umsetzung von weiteren Maßnahmen**

Die Finanzierung und Umsetzung der sich aus den Zahlen und Aussagen des Berichts zur sozialen Lage ergebenden Maßnahmen bzw. einer bereits im Vorgriff auf den Bericht notwendig erachteten Maßnahme wird im Rahmen des vorhandenen Budgets sichergestellt. Über den jeweiligen Umsetzungsstand ist quartalsweise zu berichten.

## **4. „Zentren für Kinder und Familien – Netzwerke der Jugendhilfe, Familienbildung und –beratung und Familienselbsthilfe“**

Der Rat fordert die Verwaltung auf, im Jahr 2006 eine Konzeption für den Aufbau von Modellzentren für Kinder und Familien als Netzwerke der Jugendhilfe, Familienbildung und –beratung und Familienselbsthilfe zu entwickeln sowie an bis zu vier Modellstandorten umzusetzen.

Die für die Umsetzung der beschriebenen Aufgaben benötigten Mittel werden aus dem entsprechenden Dezernatsbudget bereitgestellt. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Fachausschuss über die Umsetzung des Beschlusses und die Höhe der dafür benötigten Mittel zu informieren.

## **5. Verbesserte sozialarbeiterische Betreuung für Obdachlose**

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Situation von obdachlosen Menschen vorzulegen. Dabei ist insbesondere eine verbesserte sozialarbeiterische Betreuung von Obdachlosen in Hinblick auf deren unterschiedliche Problemlagen vorzusehen.

Die durch die Ausschreibung des Betriebs der Unionstrasse eingesparten Gelder werden zu 50 Prozent für die Umsetzung des Konzepts zur Verfügung gestellt.

## **6. Masterplan Integration**

Die Verwaltung wird aufgefordert, die konzeptionelle Erstellung sowie die Umsetzung erster Maßnahmen des Masterplans Integration im Rahmen der vorhandenen Budgets der zuständigen Dezernate sicher zu stellen. Das Finanzvolumen wird projektbezogen quartalsweise im zuständigen Ausschuss dargestellt.

## **7. Erhöhung der Zahl der Ausbildungsstellen um zwölf weitere Plätze**

Im Konzern Stadt werden zusätzlich zu den bereits vorhandenen Ausbildungsplätzen weitere zwölf Plätze im Bereich der technischen und nichttechnischen Dienste zum Ausbildungsjahr 2006 zur Verfügung gestellt. Der Rat fordert die Aufsichtsratsmitglieder der städtischen Unternehmen auf, diesen Ratsbeschluss in den jeweiligen Gremien umzusetzen. Der Rat wird umgehend über die Installierung der zusätzlichen Ausbildungsplätze unterrichtet.

## **8. Elisabeth-Grundschule**

Der Rat beschließt die sofortige Realisierung des Neubaus der Elisabeth-Grundschule in Eving. Als Planungsmittel werden die nicht mehr benötigten Mittel für Brandschutzmaßnahmen verwendet.

## **9. Raumbedarf an Gymnasien durch die Verkürzung der Gymnasialschulzeit**

Die Verwaltung wird aufgefordert, auf der Grundlage der Beschlussfassung im Schulausschuss am 01.02.06 zu ermitteln, welche Investitionen durch die Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre notwendig sind und den entsprechenden Mittelbedarf beim Land einzufordern. Für kommunal zu finanzierende Angebote werden Mittel im Rahmen des Dezernatbudgets vorgesehen. Dem Schulausschuss wird über das Projekt berichtet.

## **10. Förderung Solarenergie**

Der Rat beschließt die Erstellung einer Solaren Potenzialstudie zur Erfassung und Bewertung der für solartechnische Installationen geeigneten Flächen im städtischen Gebäudebestand und in geplanten Neubaugebieten aus den Mitteln des Dezernates sieben.

## **11. Energiesanierung**

Der Rat beschließt die Umschichtung von 10 Mio. Euro im Dezernat sieben zugunsten eines eigenständigen Energiesanierungsprogramms. Die Mittelvergabe wird an die beigelegte Projektliste geknüpft, deren Abarbeitung unverzüglich erfolgt. Um Verzögerungen bei der Umsetzung zu vermeiden, wird eine Überbrückungsfinanzierung durch die Verwendung von Haushaltsresten vorgesehen. Für jedes Projekt wird unter Berücksichtigung steigender Energiekosten und der jeweiligen Energieverbräuche eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt. Die Immobilienverwaltung wird verpflichtet, quartalsweise über die Umsetzung des Energiesanierungsprogramms zu berichten.

## **12. Umsetzung Masterplan Mobilität**

Der Rat beschließt, dass die Mittelvergabe an die für 2006 geplanten Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Radverkehr“ gekoppelt wird und der entsprechende Haushaltsansatz nach Bedarf aufgestockt wird. Den Fachausschüssen ist quartalsweise über die Planung und den Stand der Umsetzung von Maßnahmen zu berichten.

Die Verwaltung wird darüber hinaus aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Fußgängerinnen und Fußgänger durchzuführen. Über die Planung von Projekten, den notwendigen Mitteleinsatz und die Realisierung wird ebenfalls quartalsweise berichtet.

## **13. Natur - und Landschaftsschutz**

Der Rat beschließt eine kurzfristige Realisierung der noch nicht umgesetzten Maßnahmen in den Landschaftsplänen Nord, Mitte und Süd. Die zusätzlich notwendigen Mittel werden durch Umschichtung innerhalb des Dezernates bereitgestellt. Die für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgesehen Mittel werden vom Umweltamt im benötigten Umfang für diesen Zweck eingesetzt.

Gleiches gilt für die Erstellung von Biotopmanagementplänen für die Naturschutzgebiete und zur Überprüfung der Umsetzung der Landschaftsplanfestsetzungen. Mit den letztgenannten Arbeiten wird die Ökologiestation des Kreises Unna in Bergkamen beauftragt.

Dem Fachausschuss wird quartalsweise über die Planung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen sowie den entsprechenden Mitteleinsatz berichtet.

#### **14. Regionale Kooperation**

Der Rat spricht sich nachdrücklich für den Zusammenschluss der Chemischen Untersuchungsämter Dortmund und Bochum aus, um auf der Basis der noch zu ermittelnden Synergieeffekte eine effiziente und kostensparende Aufgabenwahrnehmung zu erreichen

#### **15. Chorakademie**

Im Wirtschaftsplan der Kulturbetriebe werden Mittel für die Förderung der Chorakademie bereit gestellt.

#### **16. Freiwillige Feuerwehr**

Im Etat der Feuerwehr werden Mittel für die Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne bereit gestellt, mit der das Verständnis von Arbeitgebern zur Freistellung von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr zu Brandeinsätzen und das ehrenamtliche Engagement gesteigert werden soll.

#### **17. Kindergartenbeiträge**

Falls die CDU/FDP-Landesregierung ihre Pläne wahr macht, die Ausgleichsmittel für die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen nicht mehr zu zahlen, wird der Fehlbetrag des Haushalts um diesen Betrag erhöht.

SPD Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

gez. Ernst Prüsse

f.d.R. Dr. Andreas Paust

BÜNDINIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

gez. Daniela Schneckenburger

f.d.R. Petra Kesper